

E1 - Journal um 8

Sonntag der 26. März aus dem Journalstudio begrüßt sie Arthur Dreynacher. Das sind einige der Themen.

In Deutschland stationiert Atomwaffen im Nachbarland Belarus. Daran sei nichts Ungewöhnliches, mein Staatschef Putin.

Berlin entscheidet in einer Volksabstimmung, ob die deutsche Hauptstadt schon 2030 klimaneutral werden soll.

Die heimische Hotelierversammlung zeigt sich zufrieden mit der Buchungslage zu Ostern.

Und die Sommerzeit hat begonnen. Die Uhren wurden um eine Stunde vorgestellt.

Vor allem noch ein Blick aufs Wetter. Simon Köldorfer, bitte.

Das milde Frühlingswetter findet langsam ein Ende. Morgen schaut wieder der Spätwinter vorbei.

Die aktuellen Meldungen, Wien heitert 10°C, Eisenstadt und St. Pölten heitert 7°C,

Linz-Wolkig 8°C, Salzburg stark bewölkt 7°C, Innsbruck-Wolkig 5°C, Briggen stark bewölkt 8°C,

Graz-Teils bewölkt 2°C und Klagenfurt Hochnebel 6°C.

Auch die großen Sonnenfenster in Wien, Niederösterreich und im Burgenland halten sich nur noch wenige Stunden.

Im Tagesverlauf werden die Wolken immer mehr.

Ab dem späten Vormittag bereiten sich von Veralberg und dem Außerfer nach zahlreiche Schauer aus,

die gegen Abend auch den Osten und Süden erreichen.

In Großraum Wien bleibt es aber streckenweise trocken.

Die Temperaturen steigen bei ihnen nur noch lebhaften Wind auf 9°C bis 17°C.

Morgen ist es deutlich kälter und teils winterlich.

Von Feldkirch bis Maria Zell schneidet es häufig bis in die Niederungen.

Russlands Präsident Vladimir Putin hat die Stationierung taktischer Atomwaffen in Belarus und damit an der EU Außengrenze angekündigt.

Darauf hätten sich Moskau und Minsk geeinigt, so Putin am Abend im Staatsfernsehen.

Das verstoße nicht gegen den internationalen Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen.

Birgit Schwarz berichtet.

Die Ankündigung kommt Samstagabend im russischen Staatsfernsehen.

Taktische Atomwaffen haben im Vergleich zu interkontinentalen Raketen,

die auch die USA treffen könnten, eine geringere Reichweite.

Sie beträgt aber immer noch mehrere hundert Kilometer.

Russlands Präsident Putin verweist darauf,

dass auch die USA bei ihren Verbündeten in Europa Atomwaffen stationiert hätten, zum Beispiel in Deutschland.

Das Auswärtige Amt in Berlin hat in der Nacht mit einer schriftlichen Erklärung reagiert und nennt Putins Ankündigung einen weiteren Versuch der nuklearen Einschüchterung.

Außerdem sei der Vergleich mit der nuklearen Abschreckungsstrategie der NATO irreführend und nicht geeignet die Stationierung von taktischen Atomwaffen in Belarus zu begründen.

Aus Sicht der Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICANN könnte das russische Vorgehen zur Katastrophe führen.

Mit Putins Plan steige die Wahrscheinlichkeit, dass solche Waffen auch zum Einsatz kommen.

Im Kontext des Ukraine-Krieges sei das Risiko einer Fehleinschätzung extrem hoch

zu die Warnung der mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Organisation.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky bezeichnet in seiner nächtlichen Ansprache eine - Zitat - vollständige Niederlage Russlands im Krieg als beste Garantie gegen neue Aggressionen und Krisen.

Gelassen haben die USA auf Putins Ankündigung reagiert, es gebe derzeit keine Hinweise, dass Russland einen Atomwaffen-Einsatz vorbereite, heißt das aus Washington.

In Berlin wird heute eine Volksabstimmung zur Umweltpolitik durchgeführt.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen entscheiden, ob die in Deutschland für das Jahr 2045 angepeilte Klima-Neutralität in der Hauptstadt bereits 2030 erreicht werden soll.

Ein kühnes Vorhaben, wie Andreas Pfeiffer aus Berlin berichtet.

Dass in Berlin in der Regel alles etwas länger dauert, lehrt die Erfahrung.

Der Bau des Flughafens und wochenlanges Warten auf einen Termin im Bezirksamt sind zwei Beispiele von vielen.

So betrachtet ist es nachvollziehbar, dass die Berliner Bevölkerung das Vorhaben Klima-Neutralität, also den vollständigen Abschied von fossilen Treib- und Brennstoffen bereits 2030 zu erreichen, mit wohlwollendes Kepsis kommentiert.

Die Idee ist eigentlich gut, aber es ist absolut nicht umsetzbar.

Muss man schauen, ob das so machbar ist bis 2030, ein bisschen knapp die Frist, denke ich mal.

Ich habe mit Jahr gestimmt, Februar, und finde, das ist eine gute Idee, sich ambitionierte Ziele zu setzen.

Das Bündnis Klima-Neustart, das über Monate Unterschriften gesammelt hat, lässt sich nicht entmutigen. Auch sein Sprecher Stefan Zimmern nicht.

Wir müssen jetzt einfach mal den ernsten Lage erkennen und wirklich alles daran setzen, es zumindest zu versuchen.

Wenn wir es nicht probieren, wenn wir uns diese Ziele nicht setzen, werden wir das auf keinen Fall schaffen.

Ein erstes Ziel ist erreicht, wenn heute 608.000 Stimmen, also 25 Prozent der Stimmberechtigten für den Volksentscheid, votieren.

Erste Ergebnisse der Klimawahl sollen heute um 19 Uhr veröffentlicht werden.

Sofern es nicht, auch das lehrt die Erfahrung doch etwas länger dauert.

Abgestimmt wird heute auch im sozialistischen Inselstaat Kuba.

Dort können rund 8 Millionen Kubanerinnen und Kubaner ein neues Parlament wählen, unter Führungszeichen.

Denn zur Wahl steht nur wählen oder nicht wählen, so ist eine Nevr klar.

Wenn in Kuba heute das neue Parlament gewählt wird, steht das Ergebnis bereits fest.

Für die 470 Sitze im Parlament gibt es genau 470 Kandidaten und Kandidatinnen.

Sie wurden von einer dafür zuständigen Wahlkommission ausgewählt.

Im Wahlkampf haben in Kuba nicht einzelne Personen für sich gekämpft.

Stattdessen wurde bei Veranstaltungen und Konzerten für die ganze Liste von Kandidaten und Kandidatinnen geworben.

Es geht um ein Jahr für das Vaterland, für die Revolution und den Sozialismus verkündet Kubas Präsident Miguel Dias Canel.

Das von der kommunistischen Partei Kubas kontrollierte Parlament wird kommenden Herbst den Präsidenten und vice-Präsidenten Kubas bestimmen.

Ins Inland. Jeder bzw. jeder vierte in Österreich will zu Ostern Urlaub machen. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage der österreichischen Hotelierversammlung hervor.

Weil da auch viele ausländische Gäste hinzukommen werden, rechnet die Branche mit einer guten Auslastung.

Mehr von Max Nikols.

Auch wenn die Schiessaison teilweise schon ausgelaufen sei, so hätten viele Bergregionen schon auf Wandern, Mountainbiken und Golf umgestellt.

Auch die Thermen und die Städte seien gut ausgelastet, heißt es von der Hotelierversammlung.

Auch in Österreich wirft er für morgen angekündigte große Warnstreik im gesamten Verkehrssektor in Deutschland seine Schatten voraus.

Im Zug- und Luftverkehr ist mit vielen Ausfällen oder Verspätungen zu rechnen.

Reisende werden gebeten, sich aktiv über ihre gebuchten Verbindungen zu informieren. Jürgen Pettinger informiert.

Besonders schwierig wird es morgen für Bahnreisende werden, die nach Deutschland oder über das große Deutsche Eck wollen.

Dort fahren überhaupt keine Züge, sagt ÖBB-Sprecher Christoph Gasser-Meier.

Wir haben alle zwei Stunden einen Schattelerverkehr auf der Schiene zwischen Würstel und Salzburg über die Strecke Zellamsee.

Und stündlich bieten wir auch ersatzweise Busse an.

Ich möchte aber gleich dazu sagen, wir empfehlen weiterhin nicht unbedingt notwendige Reisen, wenn es geht, am Montag zu verschieben.

Eine Verbindung fällt schon in der kommenden Nacht aus, nämlich der Nightjet von Wien nach Paris.

Bereits für betroffene Linien gebuchte Tickets können laut ÖBB kostenlos dorniert und rückerstattet werden, heißt es.

Im Flugverkehr kommt es morgen ebenfalls zu zahlreichen Ausfällen.

Allein am Flughafen Wien sind über 60 Auerverbindungen von und nach Deutschland betroffen.

Von mindestens 25 Toten und zahlreichen Verletzten sprechen Einsatzkräfte nach einem heftigen Tornado im US-Bundestadt Mississippi.

Zehntausende Menschen, auch in den Bundesstaaten Alabama und Tennessee, sind ohne Strom.

Die Behörden warnen vor weiteren Stürmen.

In der Nacht sind die Uhren um eine Stunde vorgestellt worden.

Es gilt also wieder die Mitteleuropäische Sommerzeit.

Dieses Ritual nervt viele Europäer.

Zumal die EU die Zeitumstellung schon längst hatte abschaffen wollen.

Felix Schneider sturm.

Bereits 2018 hatte die Kommission einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt.

Ein Jahr später hatte sich das EU-Parlament mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen.

Allerdings werden sich die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht einig.

Die zuständigen Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister haben vor vier Jahren das letzte Mal offiziell darüber diskutiert.

Nach dem Willen der Kommission soll jedes Land künftig selbst entscheiden, ob es die Normal- oder Sommerzeit annimmt.

Allerdings müssen sich die Länder dann abstimmen, denn worin sich alle einig sind, einen Fleckerl-

## [Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 8 (26.03.2023)

Tabich innerhalb Europas soll es nicht geben.

Auch die aktuelle schwedische Ratspräsidentschaft will die Zeitumstellung nicht thematisieren.

Und so hat die EU-Kommission schon bis 2026 die Termine für die Zeitumstellungen festgelegt.

Berichtet Felix Schneider-Sturm.

Und das war das erste Journal am Sonntag.

Auf Wiederhören um 9 Uhr, sagt Arthur Drainache.